

"Ein « grünes » Europa?" in Lëtzeburger Bauere-Kalenner (1965)

Quelle: Lëtzeburger Bauere-Kalenner 1965. 1965. Luxembourg: Centrale paysanne.

Urheberrecht: (c) De Lëtzeburger Bauer

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"ein_grunes_europa_"_in_letzeburger_bauere_kalenner_1965-de-497d84e8-1570-47e0-9b86-b8e61473a826.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 17/09/2012

Ein « grünes » Europa ?

Gemeint ist hier nicht ein Europa, in dem man etwa nur noch Grünflächen sähe, so wie man von Irland als der « grünen Insel » spricht, wo tatsächlich alles in Grün erscheint, weil die gesamte Landesoberfläche vornehmlich mit Wiesen und Weiden bedeckt ist. Nein, hier soll « grün » im übertragenen Sinn verstanden werden und soviel wie « landwirtschaftlich » bedeuten, so wie man ja auch von einem « grünen » Bericht und einem « grünen Plan » spricht, die sich auf die Lage der Landwirtschaft, resp. auf die Planung der zu ihrer Förderung in Aussicht genommenen Maßnahmen beziehen. Ein « grünes » Europa hieße also soviel wie ein « landwirtschaftliches » Europa, im Gegensatz zu dem angestrebten politischen Europa. Auch diese Definition ist noch nicht klar genug. Was wir mit unserer Überschrift zum Ausdruck bringen wollten, ist folgendes : Wäre nicht der Moment gekommen, wo die europäische Landwirtschaft, vorläufig wenigstens die der sechs EWG-Länder, eine den Zeitumständen angepaßte, wirksame und auf demokratischer, d. h. elektoraler Grundlage beruhende europäische Organisationsform aufbauen sollte ?

Man hat der Landwirtschaft so oft vorgeworfen, sie sei in der Vergangenheit rückständig gewesen, sie habe die Zeichen der Zeit nicht erkannt und sei zu ihrem eigenen Schaden individualistisch, zersplittert und uneinig in ihren Bestrebungen gewesen. Könnte sie nicht für einmal die Verspätung aufholen, ja einen namhaften Vorsprung gegenüber den rein politischen Kreisen gewinnen, indem sie ein wirkliches Agrarparlament zur Verteidigung ihrer Interessen wählt ? Eine solche europäische « Landwirtschaftskammer » würde die Gesamtheit der Bauern von Friesland bis Süditalien und von Norddeutschland bis Südfrankreich vertreten. Ihre Exponenten und ihre Verwaltungsfunktionäre wären die berufenen Leute, um Zwiesgespräche mit nationalen und supranationalen Behörden und Amtsstellen zu führen. Was glaubt man wohl, welchen Eindruck es z. B. in Brüssel, etwa bei Herrn Vize-Präsident Mansholt, machen würde, wenn sechs, aus allgemeinen europäischen Bauernwahlen hervorgegangene Vertreter dort vorsprächen, um die Agrarprobleme zu diskutieren und Forderungen zu stellen ! Ihre Stimme wäre nicht zu überhören. Die juristische Grundlage und die Modalitäten der Organisationsform und der Wahlen wären durch die Interessenten selbst festzulegen.

In Anbetracht der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse und des scheinbaren Antagonismus zwischen den landwirtschaftlichen Belangen in den einzelnen Ländern mag unsere Idee manchem als utopisch erscheinen. Diesen Einwand, und noch andere, haben wir uns selbst vorgelegt. Es soll weiter unten näher darauf eingegangen werden. Zunächst noch einiges über die Vorteile, die aus der Realisierung des angeregten Planes hervorgingen.

Das politische Europa wird nicht heute und auch nicht morgen geboren sein. Ob es sich um ein « supranationales » Europa oder um ein « Europa der Vaterländer » handelt, es wird noch lange dauern, bis es eine Realität geworden sein wird, trotz aller Ankurbelungen oder « Relancen », wie es im politischen Stil heißt. Die Hauptursache der bedauerlichen Verzögerung scheint uns darin zu liegen, daß die Idee bisher beim einzelnen Menschen der europäischen Bevölkerung nicht Fuß gefaßt hat. Woran die Verfechter der europäischen politischen Einigung wahrscheinlich selbst die Hauptschuld tragen, weil es der Gebilde, Organisationen, Unionen und Komitees zu viele sind, die sich darum bemühen. Bei den vielen Ausschüssen, Plänen und Räten kommt der Mann aus dem Volke nicht mehr mit und überschlägt in der Zeitung kurzerhand alles, was über ein « geeintes Europa » geschrieben wird. Ein wirkliches, lebensfähiges Klein- oder Groß-Europa wird man aber niemals mit einer Handvoll Intellektueller schaffen, sondern nur aus dem Gesamtverständnis und -wollen der einzelnen Volksteile heraus.

Aber nehmen wir sogar einmal an, das angestrebte « Europa » fände in absehbarer Zeit seine Verwirklichung, sei es wirtschaftlich oder politisch. Nehmen wir des weitern an, es fänden allgemeine Wahlen zu einem europäischen wirtschaftlichen oder politischen Parlament statt, dem nicht nur beratende, sondern sogar weitgehende Kontroll- und Bewilligungsbefugnisse zugestanden worden wären. Was hätte die Landwirtschaft als Ganzes davon zu erwarten ? Der Anteil der in der Landwirtschaft aktiv Tätigen an der Gesamtbevölkerung der sechs EWG-Länder beträgt nur 20%. Wenn also bei Wahlen zu einem Europa-Parlament, gleich welcher Art, auch alle landw. Wähler nur Bauernkandidaten ihre Stimme gäben, könnten sie es bestenfalls nur bis zu einem Fünftel der Sitze bringen. Eine solche Minorität wäre praktisch machtlos, müßte allerlei Kompromisse eingehen, um irgend etwas zu erreichen, und die Europa-Exekutive würde sich

wohl oder übel nach der Majorität richten müssen. Ist diese, in der Natur der Bevölkerungsverhältnisse begründete Minoritäts-Sachlage doch auch der Hauptgrund dafür, daß in der Vergangenheit auf nationaler Ebene in den einzelnen Ländern nicht genug für die Landwirtschaft getan wurde. Eine Regierung, ob national oder supranational, ist immer von der Majorität des Parlamentes abhängig, wenn sie diesem verantwortlich ist. Und letzteres wird doch hoffentlich auch im künftigen « geeinten Europa » der Fall sein. Weil also auf diesem Wege keine genügende Wahrung der landw. Interessen möglich ist, deshalb, so glauben wir, sollte die Gemeinschaft der Bauern aus den sechs Ländern ihre eigene Vertretung wählen und ein « grünes Europa » verwirklichen mit grüner Behörde und grüner Verwaltung. Zu eventuellen späteren politischen Wahlen könnten dann immer noch zusätzlich Bauernkandidaturen aufgestellt werden. Würden noch weitere europäische Staaten der EWG beitreten, so könnten sie ebenfalls gewählte Vertreter zum grünen Parlament entsenden.

Und nun zu den Einwänden.

Man wird vor allem sagen, die gemeinsame Agrarvertretung sei ja schon da, und zwar in dem COPA (Comité des Organisations Professionnelles Agricoles). Es ist richtig, daß dieses Komitee, dem Vertreter der organisierten Bauern der 6 Länder angehören und das nach Bedarf zusammentritt, wertvolle Dienste leistet und besonders in letzter Zeit bei den Agrarverhandlungen in Brüssel seine Stimme lautstark zu Gehör brachte. Es ist auch wahr, daß im November 1963 die Delegierten der COPA-Verbände in Straßburg die Forderungen der europäischen Landwirtschaft unmißverständlich zum Ausdruck brachten und die erwartete Agrarpolitik mit volkswirtschaftlichen, demographischen, sozialen und allgemein menschlichen Argumenten wissenschaftlich untermauerten. Auch trifft es zu, daß das Europaparlament von Straßburg eine landw. Spezialkommission gebildet hat, die ihr Bestes zu tun bestrebt ist. Aber all das geschieht in der Tretmühle der politischen Bestrebungen; besser wäre es u. E., wenn ein aus allgemeinen europäischen Bauernwahlen hervorgegangenes Gremium die Verteidigung der landw. Interessen in die Hand nähme. Die bisherigen Europabestrebungen sind mit einem Eisenbahnzug zu vergleichen, der vor jeder Station auf ein, wenn nicht auf mehrere Haltesignale stößt. Glaubt er einmal grünes Licht zu haben, so erwartet ihn um die nächste Kurve todsicher wieder ein Rotlicht. Sollte die Landwirtschaft nicht aus diesem Europazug aussteigen, sich auf sich selbst besinnen, um in « freier Fahrt » bis ans Ziel zu gelangen ? (Die FIPA und die CEA scheiden hier aus, weil ihre Tätigkeit den Rahmen des EWG-Raumes überschreitet.)

Daß wir nicht allein derartige Ideen vertreten, geht z. B. daraus hervor, daß am 3. Oktober letzthin die belgische landw. Zeitung « Le Journal des U. P. A. (Unions Professionnelles Agricoles) im Zusammenhang mit dem französischen Milchstreik folgendes schrieb :

« Certes, depuis des années déjà, les dirigeants des organisations professionnelles agricoles de la C. E. E. (= EWG) groupées au sein du C. O. P. A., avaient pris l'habitude d'études en commun et d'interventions régulières auprès des autorités de la Communauté (= EWG-Behörde). Certes, depuis novembre 1963, de par la réunion massive de leurs délégués à Strasbourg, elles avaient défini la philosophie de la politique agricole qu'elles entendaient promouvoir. Mais à tout cela manque encore une cohésion active et dynamique, il manque encore le recours concerté aux moyens qui sont aujourd'hui nécessaires... »

Die hier angedeuteten Unzulänglichkeiten könnten durch die Errichtung einer gemeinsamen europäischen Bauernvertretung behoben werden. Ihr Führerstab mit der dazu gehörenden Verwaltung würde die nötige Durchschlagskraft haben, um allen Situationen gewachsen zu sein. Freilich geht das genannte belgische Blatt nicht so weit, eine Loslösung von den bisherigen sog. europäischen Gremien und eine eigene, gewählte europäische Landwirtschaftsvertretung zu fordern.

Ein weiterer Einwand könnte darin bestehen, daß man sagt, eine solche Bauernvertretung besäße doch keinerlei Exekutivgewalt und müßte sich, wie die bisherigen Repräsentanten der Landwirtschaft, auf Bittgänge bei der europäischen Kommission in Brüssel beschränken. - Das wäre zunächst erst einmal abzuwarten. Es ist nicht denkbar, daß, wenn eine Delegation von zwei oder drei Mann im Namen und im

unmißverständlichen Auftrag von soviel Hunderttausenden von Bauern und deren Familienangehörigen aus dem gesamten EWG-Raum eine Stellungnahme an verantwortlicher Stelle vorbrächten, diese eine begründete Forderung ohne weiteres ignorieren oder abschlagen würde. Freilich würde dies voraussetzen, daß in jeder wesentlichen Frage eine einheitliche Stellungnahme vorgebracht würde. Gerade die divergierenden Ansichten, Meinungen und Forderungen der einzelnen Länder waren bisher schuld daran, daß die europäische Agrarpolitik nicht vom Fleck kam.

Und damit kommen wir zu einem weiteren Einwand : Es würden doch in einem europäischen Agrarparlament, wo nur Bauernvertreter saßen, die nationalen Sonder-Interessen aufeinander prallen, wodurch einheitliche Richtlinien und gemeinsame Pläne illusorisch würden. — Gewiß könnte es in dieser Hinsicht Anfangsschwierigkeiten geben, aber die Landwirte aller Länder haben in jüngster Zeit doch allerlei hinzugelernt. Die europäische Wirtschaftsunion wird spätestens 1970 perfekt sein, ob die europäischen Bauern nun unter sich einig sind oder nicht. Der Gemeinsame Markt, d. h. der freie Güterverkehr, auch der der landwirtschaftlichen Produkte, wird unweigerlich Tatsache werden. Auch die Preise werden überall die gleichen sein, ohne daß die nationalen Regierungen noch eine Möglichkeit hätten, auf dem Preissektor zu intervenieren. Bis 1970 sind es nur noch 5 Jahre, und möglicherweise wird der Termin schon früher fällig sein. Ist es da nicht an der Zeit, daß sich die Bauernwelt der 6 Länder auf ihr zukünftiges gemeinsames Schicksal besinne ? Solidarität heißt das Gebot der Stunde. Wenn es dem einen schlecht gehen sollte, wird der andere es nicht besser haben. Daher müssen Gemeinschaftslösungen studiert, ausgearbeitet und vorgebracht werden, dies nicht nur auf dem Sektor der Preisgestaltung, sondern auch auf den Gebieten der Produktion, der Marktorganisation, des Genossenschaftswesens, der Gestehungskosten, der Investitionen, des Kreditwesens, der sozialen Probleme, usw. Bei gegenseitiger, umfassender Kontaktnahme wird es am leichtesten möglich sein, gegensätzliche Bestrebungen und Forderungen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Besser ist es doch, die Bauern verstehen sich unter sich, als daß ihnen ohne ihr Mittun Lösungen von oben herab durch eine supranationale Behörde aufoktroiert werden. Und wo könnte dieses gegenseitige Verständnis besser angebahnt und verwirklicht werden als in einem frei gewählten europäischen Agrarparlament ? Dieses wird notwendiger sein denn je, sobald die Fusion der drei « Behörden » vollzogen sein wird, weil dann im Gesamtkonnex die Interessen der Landwirtschaft bei der « Haute Autorité unique » noch mehr zurückzutreten Gefahr laufen.

Daß die Bauern Europas in ihrer großen Mehrheit die Notwendigkeit einer zielbewußten internationalen Solidarität erkannt haben, hat sich beim französischen Milchstreik im vergangenen September/Oktobre erwiesen. Warum diesem bemerkenswerten Solidaritätsgefühl nicht sichtbaren Ausdruck und greifbare Form durch eine gemeinsame Vertretung verleihen ? Neue Zeiten verlangen neue Mittel und Wege. Wie wertvoll wäre es z. B. gewesen, um nur diese Beispiele zu erwähnen, wenn eine gemeinsame, einheitliche Stellungnahme der europäischen EWG Landwirtschaft zu den GATT-Verhandlungen (Zollabkommen) und der Kennedy-Runde (Abbau der Zölle gegenüber Drittländern, speziell USA) in Genf vorgelegt worden wäre. Diese Dinge gehen alle Bauern an, ob sie nun in Deutschland, Frankreich, Italien, Holland, Belgien oder Luxemburg zu Hause sind.

Bauern, erkennt die Zeichen der Zeit ! Nur Einigkeit macht stark.

M. Gillen